

Ablehnung des Nordischen Modells

Antragstellende: BO Schöneberg

Die Mitgliederversammlung der Linken Tempelhof-Schöneberg möge beschließen:

1 Das sogenannte „Nordische Modell“, das die Kriminalisierung der Freier von Sexarbeitenden
2 vorsieht, lehnen wir entschieden ab. Eine derartige Gesetzgebung führt nachweislich zu einer
3 Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von Sexarbeiter*innen, anstatt deren
4 Schutz und Sicherheit zu gewährleisten und sie in ihrem Recht auf Selbstbestimmung zu stärken.
5 In diesem Modell sollen alle, die an Prostitution verdienen, außer den Prostituierten selbst, unter
6 Strafe gestellt werden. Dieser Gedanke funktioniert nur, solange Sexarbeitende eindimensional
7 als Opfer gesehen werden und nicht als tatsächliche Menschen. Denn auch Sexarbeitende haben
8 Kinder, pflegen Familienangehörige und Partner*innen, sie kooperieren mit anderen
9 Dienstleistenden wie Webhosts, Steuerberater*innen und bezahlen im Zweifelsfall auch die Miete
10 der privaten Wohnung mit dem Geld, das sie mit ihrer Sexarbeit verdienen. Das nordische Modell
11 stellt die Tätigkeit all dieser Menschen unter Strafe, womit sowohl soziale Bindungen, als auch
12 der Mieter*innenschutz ausgehebelt werden. Sexarbeitende verlieren unter dem nordischen
13 Modell das Sorgerecht für ihre Kinder, da ihre Leistung nicht als Arbeit, sondern als ein zu
14 bekämpfendes Verbrechen und sozial geächtetes und unerwünschtes Phänomen gesehen wird.

15 Stattdessen fordern wir:

- 16 • **Rechte von Sexarbeiter*innen stärken:** Wir fordern ein Ende der Stigmatisierung und
17 Kriminalisierung von Sexarbeiter*innen. Die Rechte von Menschen in der Sexarbeit sollen
18 durch ein umfassendes Schutz- und Unterstützungsmodell gestärkt werden, das auf
19 Freiwilligkeit und Selbstbestimmung basiert.
- 20 • **Verbesserung der sozialen Absicherung und Arbeitsbedingungen:** Sexarbeiter*innen
21 müssen einen sicheren Zugang zu sozialer Absicherung, Arbeitsrechten und
22 gesundheitlichen Leistungen haben. Dazu zählen:
 - 23 • Bessere Arbeitsbedingungen in legalen und geschützten Arbeitsverhältnissen.
 - 24 • Zugang zu Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung.
 - 25 • Ein umfassendes Beratungs- und Unterstützungsangebot durch staatliche und
26 zivilgesellschaftliche Einrichtungen.
- 27 • **Stärkung der Präventions- und Unterstützungsstrukturen:** Um Ausbeutung und
28 Zwang in der Sexarbeit effektiv zu verhindern, müssen Maßnahmen zur Prävention und
29 zum Schutz von Betroffenen gestärkt werden. Dazu zählt unter anderem auch eine
30 angemessene Beratung zur PrEP und die Ausweitung und langfristige Sicherung von
31 Finanzierung von Fachberatungsstellen und Projekten mit peer-to-peer Ansätzen wie
32 profiS, das Hydra Café und Transsexworks.

33 **Die Linke Tempelhof-Schöneberg** setzt sich klar für eine Politik ein, die auf Respekt, Solidarität
34 und Gerechtigkeit basiert, statt auf Repression und Diskriminierung. Der Bezirksvorstand wird

35 aufgefördert, sich für entsprechende Positionierungen auch auf Berliner Landesebene
36 einzusetzen.

37 **Begründung:**

38 Das sogenannte Nordische Modell, das in Ländern wie Schweden, Norwegen und Island
39 eingeführt wurde, kriminalisiert den Kauf sexueller Dienstleistungen und den Verdienst an
40 Prostitution durch Dritte. Es zielt darauf ab, die Nachfrage nach Sexarbeit zu reduzieren. Diese
41 Politik hat jedoch in der Praxis gezeigt, dass sie das Gegenteil bewirkt: Sexarbeiter*innen werden
42 in unsichere und prekäre Arbeitsbedingungen gedrängt, weil sie in die Illegalität abtauchen
43 müssen, um ihre Kund*innen zu schützen. Dadurch werden sie anfälliger für Gewalt, Ausbeutung
44 und menschenunwürdige Arbeitsbedingungen.

45 **Die Linke** setzt sich für die Rechte von Sexarbeiter*innen ein und lehnt jede Form der
46 Kriminalisierung und Diskriminierung ab. Sexarbeit muss als eine legitime Form von
47 Erwerbsarbeit anerkannt werden, und die Menschen in der Sexarbeit müssen unter den gleichen
48 rechtlichen und sozialen Schutz gestellt werden wie alle andere Berufsgruppen. Dies entspricht
49 auch den menschenrechtlichen Prinzipien der Selbstbestimmung und Gleichstellung.